



Zeitung der Basisorganisation DIE LINKE Schwedt

**DIE LINKE.**

Nr. 03\_4/2023

---

## **Eine starke Partei DIE LINKE ist möglich und wird gebraucht!**

### **Zehn Herausforderungen für einen solidarischen Aufbruch**

Die Lage der Partei DIE LINKE ist durch einen schreienden Widerspruch geprägt: Sie verfügt über ein starkes Potenzial von knapp einem Fünftel der Wahlbevölkerung und wird doch immer weniger gewählt. Sie hat in den letzten zehn Jahren 30.000 neue, vornehmlich junge Mitglieder gewonnen und ist trotzdem nicht auf der Höhe der Zeit. Ihre sozialen Forderungen werden breit unterstützt, sie selbst aber nicht. Gerade jene, die des sozialen Schutzes am meisten bedürfen und für die Gerechtigkeit im Zentrum steht, sehen in der Partei DIE LINKE nicht ihren Ansprechpartner und politische Vertretung. Die Suche nach Alternativen zum Kapitalismus ist für mehr als ein Drittel der Bevölkerung wichtig, aber nicht die sozialistische Partei DIE LINKE. Die Partei sieht sich als DIE LINKE, vertrat aber in allen zentralen Fragen der letzten Jahre (Migration, Klima, Corona, Ukrainekrieg) völlig gegensätzliche Positionen. Diese Widersprüche stellen die Existenz der Partei in Frage. Dabei wird sie als politische Kraft der Solidarität in Zeiten der Krisen und Umbrüche dringend gebraucht. Voraussetzung ist, dass sie sich erfolgreich zehn Herausforderungen stellt.

ERSTENS ist unübersehbar, dass der Aufbau eines Zentrums der strategischen Führung der Partei in der Einheit von Bundespartei und Bundestagsfraktion die nächste und dringlichste Herausforderung ist. Die damit verbundene Aufgabe muss 2022 gelöst werden, wenn DIE LINKE noch eine Zukunft haben soll.

ZWEITENS muss sich DIE LINKE wieder auf ihren Markenkern als sozialistische Gerechtigkeitspartei besinnen. PDS, WASG und LINKE waren immer dann stark, wenn sie mit überzeugenden Positionen Gerechtigkeit ins Zentrum rückten. 96 Prozent der Bürgerinnen und Bürger sind der Auffassung, dass der Wohlstand in Deutschland nicht gerecht verteilt ist. Die Klimafrage ist eine Frage der Gerechtigkeit gegenüber nachfolgenden Generationen, und 72 Prozent wünschen sich auch deshalb einen grundlegenden Wandel. Gerechtigkeit ist modern!

#### **Aus dem Inhalt:**

10 Herausforderungen für die LINKE	S.1 - 3
Aus den Parlamenten der EU, des Bundes, des Landes Brandenburg, der Uckermark und der SVV Schwedt	S.4 bis S.9
Landesverband der LINKEN	S.10
Rückblick auf Veranstaltungen	S.11 - 14
Vorschau Europawahl	S. 15
Termine/Arbeitsplan, Geburtstage	S.16

Doch deren praktische Durchsetzung traut man der LINKEN kaum zu. Auf dem Gebiet der Umwelt und Klimapolitik sind es nur drei Prozent, die der Partei DIE LINKE Kompetenz zusprechen, in Fragen der Wirtschaftspolitik gar nur ein Prozent, bei der Digitalisierung zwei Prozent. DIE LINKE wird nicht als Zukunftspartei wahrgenommen.

*Fortsetzung S. 2*

DRITTENS kann sich DIE LINKE in der aktuellen Situation nur dann als sozialistische Gerechtigkeitspartei positionieren, wenn es ihr gelingt, sich als Partei des sozialökologischen Systemwechsels und als konsequente Friedenspartei zu profilieren. Wir leben im Zeitalter des Krisen- und zunehmend des Katastrophen- und des Kriegskapitalismus. ... Ökologische und soziale Erfordernisse müssen miteinander verbunden werden. Es geht um einen Systemwechsel, und dies auch in der Friedens- und Sicherheitspolitik. DIE LINKE sollte eine der treibenden Kräfte für die Schaffung einer neuen internationalen Sicherheitsarchitektur unter Führung der UNO und für die Ächtung der atomaren, biologischen und chemischen Massenvernichtungswaffen sein. Die Reduzierung von Kriegen und militärischen Auseinandersetzungen ist eine Grundvoraussetzung, um eine sozial-ökologische Transformation zu ermöglichen.

VIERTENS ist es dringend erforderlich, den aktuellen Krisen des Kapitalismus durch die Verbindung von sozialem Schutz, Gestaltung der Umbrüche und dem notwendigen Systemwechsel zu begegnen. Nur dann, wenn DIE LINKE diese Verbindung überzeugend repräsentiert, hat sie im politischen System der Bundesrepublik einen praktischen Gebrauchswert. Wahrnehmung der Schutzinteressen und Zukunftsorientierung gehören zusammen. Es gilt, die Forderung nach sehr weitgehender Transformation der vorherrschenden Produktions- und Lebensweisen mit konkreten glaubwürdigen Sicherheitsversprechen zu verbinden. Ohne Einsatz für Sicherheit und eine Jobgarantie kann es keine Gerechtigkeit in den Umbrüchen geben.

FÜNFTENS muss durch ein solidarisches Mitte-Unten-Bündnis die Grundlage für eine solche Politik der Verbindung von Schutz, Gestaltung und Systemwechsel geschaffen werden. DIE LINKE ist wie alle linken Organisationen damit konfrontiert, dass die kapitalistische Konkurrenz die Klasse der Lohnabhängigen spaltet – regional, national, europäisch, global; entlang von Geschlecht und Identität, von Alter, staatsbürgerlichem Status und Hautfarbe. Linke Parteien müssen bessergestellte soziale Gruppen mit denen in der bedrohten unteren Mitte und im sozialen Unten solidarisch verbinden. Nur so entstehen populäre Projekte und linke Volksparteien.

SECHSTENS: DIE LINKE kann ein solidarisches Mitte-Unten-Bündnis nur dann entwickeln, wenn sie starke Bindungen zur Welt der industriellen Arbeit, der öffentlichen Daseinsvorsorge und der sozialen Dienste sowie zu den emanzipatorischen sozialen Bewegungen herstellt. Ein besonderer Schwerpunkt sollte die Entwicklung enger Beziehungen zu den Gewerkschaften und auch in Betriebe hinein sein.

SIEBENTENS können aus diesen Gemeinsamkeiten heraus konkrete Einstiegsprojekte in den sozialökologischen Systemwechsel und für eine neue Friedens- und Sicherheitspolitik entwickelt werden. Insgesamt wird DIE LINKE bundesweit gegenwärtig nicht als Partei der sozialökologischen Umgestaltung und gestaltender Europa- und Friedenspolitik wahrgenommen. ... Es sollte versucht werden, im engen Austausch mit Gewerkschaften, BUND, Sozial- und Wohlfahrtsverbänden sowie sozialen Bewegungen und den Bürgerinnen und Bürgern an solidarischen Alternativen zum grünkapitalistischen Projekt zu arbeiten und dies als verbindende Grundlage für Wahlprogramme, das Wirken vor Ort und die parlamentarische Arbeit zu machen. ... In den zentralen programmatischen Fragen müssen Korridore bestimmt werden, innerhalb derer linke Positionen in der Partei vertreten werden können. Dies schließt zum einen ein, nach vorne weisende Orientierungen zu erarbeiten, und zum anderen deutlich erkennbar Grenzen gegenüber Positionen zu ziehen, die mit der Programmatik der Partei völlig unvereinbar sind.

ACHTENS besteht auf dieser Grundlage eine Herausforderung darin, wieder eine lebendige Mitgliederpartei zu werden. Der programmatische Prozess kann dabei helfen. DIE LINKE hat seit 2011 eine sehr starke Veränderung der Mitgliedschaft hinter sich gebracht, so dass man nicht mehr von derselben Partei sprechen kann. ... Die Mitglieder wünschen sich mehr Einigkeit, mehr Debatte untereinander, mehr Kontakt zur Partei vor Ort. Wer zur Partei DIE LINKE kommt, muss eine offene Kultur vorfinden. Dazu gehört auch, Orte und Gelegenheiten in der Partei zu schaffen, in denen die Mitglieder ohne Entscheidungsdruck zusammenkommen, politisch diskutieren, Erfahrungen austauschen, solidarisch Konflikte austragen, Spaß haben können und ein Dialog der Generationen gelingt. Sowohl politisch-inhaltliche Grundlagenbildung als auch praktisch-organisatorisches Handwerkszeug gilt es zu vermitteln. Zu einer attraktiven Mitgliederpartei gehört die offene Auseinandersetzung damit, dass gesellschaftliche Diskriminierungs- wie Herrschaftsstrukturen nicht vor linken Organisationen haltmachen.

NEUNTENS geht es um die Verbindung von drei Funktionen einer linkssozialistischen Partei – ALS KÜMMERER IM ALLTAG, ALS IN GESELLSCHAFTLICHE DISKURSE EINGREIFENDE KRAFT UND ALS WIRKUNGSVOLLER PARLAMENTARISCHER AKTEUR – in Gemeinden, Regionen und Bundesländern.

Linke Parteien sind dann stark, wenn sie sich erstens als Kümmererparteien erweisen und ihren Gebrauchswert bezogen auf die konkreten Alltagsorgen von Menschen in den Kommunen und Betrieben zeigen. Zweitens kommt es darauf an, in die öffentlichen Diskurse einzugreifen und erfolgreich eigene Themen zu setzen sowie gesellschaftlichen Forderungen in den Parlamenten Ausdruck zu verleihen. Drittens geht es um wirksame Arbeit der Partei in den legislativen und teilweise auch exekutiven Organen. Zugleich bedarf es einer Veränderung der Satzung, damit Pluralität erhalten und gemeinsame Führung der Bundespartei und der Bundestagsfraktion, Steigerung der Effektivität der Arbeit und Sicherung der innerparteilichen Demokratie endlich möglich wird.

ZEHNTENS braucht eine sozialistische Partei ein zeitgemäßes neues Verständnis von Sozialismus. Es gibt die Erfahrung der dramatischen Krisenhaftigkeit des heutigen Kapitalismus, den wachsenden Zweifel größerer Teile der Bevölkerung daran, dass im Kapitalismus ein gutes Leben für Alle möglich ist. Die Vorschläge eines sozialökologischen Systemwechsels tragen zwangsläufig einen offenen sozialistischen Charakter: Dominanz der Gemeinwohlorientierung, Rolle von demokratischer Planung und Wirtschaftsdemokratie, Ausbau der Gemeinwohlökonomie und Rückabwicklung der Privatisierung vieler öffentlicher Dienstleistungen, Heranziehung der privaten Vermögen für gemeinschaftliche Zukunftsaufgaben, möglichst umfassende Absicherung in Zeiten struktureller Umbrüche, Schaffung von Transformationsräten, globale Gerechtigkeit usw. Aus diesen Elementen und Keimformen heraus kann gezeigt werden, was Sozialismus – verstanden auch als solidarische Gesellschaft – ist.

**DIE LINKE wird dringend gebraucht – doch dafür muss sie sich erneuern.**

Arbeitsgruppe „Zukunft der Partei DIE LINKE“ der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Mitglieder der Arbeitsgruppe:

Dagmar Enkelmann, Heinz Bierbaum, Michael Brie,

Mario Candeias, Richard Detje, Sophie Dieckmann,

Heinz Hillebrand, Moritz Warnke

Anmerkung der Redaktion: Gekürzte Fassung.

## Aus dem EU-Parlament

### Cornelia Ernst & Helmut Scholz: Gipfelpomp ersetzt keine demokratische Regelsetzung



„Das Ziel des EU-Lateinamerika-Gipfels ist klar: Länder wie Brasilien, Argentinien und Mexiko sollen die Freihandelsabkommen der EU-Kommission endlich durchwinken. Zu groß der Hunger der europäischen Mitgliedstaaten auf kritische Rohstoffe, Wasserstoff und andere Ressourcen, um eigene Klimaneutralitätsziele zu erreichen und Wettbewerbspositionen europäischer Produzent:innen gegenüber China und den USA auf den lateinamerikanischen Binnenmärkten auszubauen. Für die lateinamerikanische Wirtschaft steht ebenso viel auf dem Spiel: bei öffentlichen Ausschreibungen werden mittelständische Unternehmen bald den Kürzeren gegenüber europäischen Weltmarktführern ziehen. Schwellenländern wie Argentinien, Brasilien und Chile droht damit mittelfristig eine De-Industrialisierungswelle zum Nutzen europäischer Abnehmer: Denn so wächst der Druck, Europa noch mehr Soja, Kupfer und Lithium zu liefern.“

LINKE-Politiker Scholz fordert weiter:

„Bei der Ratifizierung der Abkommen sind die vorgesehenen Verfahren zu beachten. Gipfeltreffen – so wichtig Dialog und ehrlicher Meinungs austausch auch sind - ersetzen keine ordentlichen Entscheidungsverfahren. Feierlich unterzeichnete Abkommen später dann im Eilverfahren durch die Parlamente zu peitschen, ist undemokratisch und umgeht die berechnete Mitsprache vieler zivilgesellschaftlicher Akteure und Akteurinnen. Dies bietet Rechtspopulist:innen Vorschub, wie am Beispiel Bolsonaros gesehen. Angesichts der Tragweite und völkerrechtlichen Verbindlichkeit der Verträge sind neben Politiker:innen und wirtschaftlichen Akteurinnen und Akteuren, gerade KMU (= Klein- und mittelständige Unternehmen), Bürger:innen, Gewerkschaften, Landwirtschaftsverbände und Umweltaktivist:innen und Akademiker:innen zu hören und ihre Bedenken ernst zu nehmen.“

Cornelia Ernst, Verantwortliche von DIE LINKE im Europäischen Parlament für das europäische Gesetz über kritische Rohstoffe, ergänzt:

„Neue strategische Partnerschaften im Bereich strategischer Rohstoffe sowie die Förderung von Rohstoffprojekten im Rahmen der Global-Gateway-Initiative (übersetzt: Initiative der EU für nachhaltige und zuverlässige Verbindungen für die Menschen und unseren Planeten) müssen auf Augenhöhe begangen werden: Das Ziel muss sein, regionale Wertschöpfung in den Exportländern zu stärken. Außerdem müssen höchste Umweltstandards und soziale Sorgfaltspflichten gewahrt sowie insbesondere die Rechte indigener Gruppen geachtet werden.“

Cornelia Ernst fordert abschließend:

„Das Parlament und die zuständige Berichterstatterin sollten an dieser Stelle dringend nachbessern. Bekenntnisse zu Menschenrechten und Sorgfaltspflichten sind derzeit noch zu oberflächlich und blenden die Rechte indigener Gemeinschaften aus. Schließlich sollten wir auch unsere eigene Nachfrage nach strategischen Rohstoffen reduzieren, bevor wir in anderen Ländern alles umgraben. Ein gutes Beispiel hierfür könnte der Verkehrssektor im Bereich der E-Mobilität sein: weniger Autos, kleinere Autos, mehr öffentlicher Personennahverkehr und eine angepasste Stadtplanung könnten die Nachfrage für Batterierohstoffe ganz merkbar reduzieren.“

## Aus der Bundestagsfraktion

### **Treffen mit dem Geschäftsführer der PCK, Herrn Schairer, dem Bundestagsabgeordneten der LINKEN, Christian Görke und Kreistagsmitglied/Stadtverordnete der Fraktion DIE LINKEN, Heike Heise-Heiland**

Am 5. Mai 2023 fand ein wichtiges Treffen statt, bei dem der Geschäftsführer der PCK, Herr Schairer, der Bundestagsabgeordnete der LINKEN, Christian Görke, und das Kreistagsmitglied/Stadtverordnete der Fraktion DIE LINKE, Heike Heise-Heiland, zusammenkamen. Hauptthema des Treffens war die aktuelle Lage der PCK nach dem Erdöl-Embargo zu Jahresbeginn 2023 und dem vollständigen Einstellen der Lieferung von russischem Erdöl über die Pipeline „Drushba“.

In einem intensiven Gespräch wurde die Finanzierung der Ertüchtigung der Rostock-Pipeline erörtert. Es wurden beabsichtigte Verträge mit Kasachstan für Erdöllieferungen mit ähnlicher Konsistenz wie das russische Erdöl diskutiert. Um die Ertüchtigung der Rostock-Pipeline durchzuführen, ist ein Beihilfeantrag erforderlich. Da die Bundesregierung den Bau unterstützt, ist die PCK beihilfeberechtigt.

Allerdings gibt es Schwierigkeiten aufgrund der Eigentumsstruktur der PCK, die von der Treuhand verwaltet wird und an dem die Bundesnetzagentur und Shell Miteigentümer sind. Christian Görke betonte, dass die Eigentumsstruktur zwingend geklärt werden müsse. Der polnische Multienergiekonzern ORLEN zeigt Interesse an einer Beteiligung an der PCK, jedoch geht die konservative Regierung in Polen nicht konform mit den Problemen in Deutschland.

Es wurde auch über Gespräche von Bundespräsident Steinmeier mit Kasachstan als potenziellem Öllieferanten gesprochen. Der kasachische Präsident Kassym-Schomart Tokajew versicherte, dass Kasachstan Deutschland helfen werde, was sich seit Anfang Juli 2023 mit zusätzlichen Rohöl-Lieferungen bestätigte. Diese Lieferungen sichern die Zukunft des Standortes Schwedt.

Herr Schairer betonte in dem gemeinsamen Treffen, dass es noch etwa zwei Jahrzehnte, bis etwa 2040, dauern werde, bis die Transformation der PCK abgeschlossen ist. Dies verdeutlicht die langfristige Perspektive und die Herausforderungen, die mit der Umstellung auf alternative Energiequellen, insbesondere dem Wasserstoff, und den Aufbau neuer Lieferbeziehungen verbunden sind.

Das Treffen war von großer Bedeutung, um die aktuellen Herausforderungen der PCK zu besprechen und Lösungsansätze zu finden. Die Zusammenarbeit zwischen der PCK, politischen Vertretern und potenziellen Partnern wie Kasachstan ist entscheidend, um die Zukunft des Standortes Schwedt zu sichern und die Transformation der PCK erfolgreich umzusetzen.



**Heike Heise-Heiland**

# Aus der Landtagsfraktion

## Fast ganz Brandenburg ist sich einig: Kostenfreies Mittagessen in Schulen und Kitas



*Kathrin Dannenberg, Sebastian Walter*

*Foto K. Dannenberg: Jürgen Angelow; Foto S. Walter: DiG Thomas Kläber*

Dazu erklärt der Co-Landes- und Fraktionsvorsitzende der LINKEN Brandenburg, Sebastian Walter:

"Das Ergebnis macht deutlich: Es ist nicht mehr selbstverständlich, dass sich Familien das Mittagessen für ihre Kinder an Schulen und Kitas leisten können. Der Staat ist hier ganz klar in der Pflicht, Familien und insbesondere Alleinerziehende zu unterstützen. Bei den weiter steigenden Lebensmittelpreisen ist das Land aufgefordert, schnell für konkrete finanzielle Entlastung zu sorgen. Wir verstehen das Ergebnis der Umfrage als klaren Auftrag der Brandenburgerinnen und Brandenburger, uns gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Bündnispartnern für eine entsprechende Volksinitiative einzusetzen."

Die bildungspolitische Sprecherin der Landtagsfraktion DIE LINKE, Kathrin Dannenberg, ergänzt:

"Jedes Kind hat ein Recht auf ein warmes Mittagessen. Bei dem langen Schul- und Kita-Alltag, den Kinder zu bewältigen haben, ist das eine Grundvoraussetzung, damit sie gesund aufwachsen können. Aber immer mehr Kinder müssen mit leerem Magen lernen und spielen. Die Anträge der Linksfraktion auf ein kostenfreies Mittagessen wurden durch den Landtag mehrfach abgelehnt. Damit geben wir uns nicht zufrieden. Gemeinsam mit unseren zivilgesellschaftlichen Bündnispartnern werden wir mit Nachdruck dafür kämpfen, dass jedes Kind ein warmes Mittagessen bekommt – unabhängig vom Geldbeutel der Eltern!"

### Hintergrund:

Für die Umfrage des IFM Markt- und Meinungsforschungsinstituts vom 8. Juni 2023 wurden 1.000 Personen im Zeitraum vom 22. Mai bis 1. Juni 2023 befragt.

11. Juni 2023  
Pressemitteilung

## Sonderkreistag Uckermark

### zur geplanten Errichtung und Betreibung einer Erstaufnahmeunterkunft mit Verteilfunktion

Bereits am 18. April 2023 fand ein Sonderkreistag statt, bei dem ein wichtiger Beschluss zur Errichtung und Betreibung einer Erstaufnahmeunterkunft mit Verteilfunktion in Prenzlau in der Brüssower Allee getroffen wurde. Der Beschlussvorlage wurde mehrheitlich zugestimmt, was auf die Dringlichkeit und Notwendigkeit dieser Maßnahme hinweist. Die teilnehmenden Abgeordneten der AfD lehnten diese Beschlussvorlage geschlossen ab.

Die Errichtung einer Erstaufnahmeunterkunft mit Verteilfunktion ist eine wichtige Maßnahme, um den steigenden Bedarf an Unterbringungsmöglichkeiten für Geflüchtete und Asylsuchende in der Uckermark zu decken. Das ehemalige Bürogebäude in der Brüssower Allee in Prenzlau bietet hierfür einen geeigneten Standort, der sowohl infrastrukturell gut angebunden als auch ausreichend groß ist, um eine angemessene Unterbringung zu gewährleisten.

Die Erstaufnahmeunterkunft mit Verteilfunktion hat eine besondere Bedeutung, da sie nicht nur als vorübergehende Unterkunft dient, sondern auch als Anlaufstelle für die Erstregistrierung und Verteilung der Geflüchteten auf andere Unterkünfte in der Region fungiert. Dies ermöglicht eine effiziente und gerechte Verteilung der Menschen auf die verschiedenen Gemeinden und entlastet die Kommunen, die bereits eine hohe Anzahl von Geflüchteten aufgenommen haben.

Der Beschluss des Sonderkreistags zeigt das Engagement des Kreistags Uckermark für eine menschenwürdige Unterbringung von Geflüchteten und Asylsuchenden sowie für eine gerechte Verteilung auf die verschiedenen Gemeinden. Die Errichtung und Betreibung einer Erstaufnahmeunterkunft mit Verteilfunktion ist ein wichtiger Schritt, um den Herausforderungen der Flüchtlingskrise gerecht zu werden und den Menschen in Not eine sichere Unterkunft zu bieten.

Der Sonderkreistag hat mit seiner Zustimmung zur Beschlussvorlage deutlich gemacht, dass die Uckermark ihrer Verantwortung als solidarische und weltoffene Region gerecht werden möchte. Die Errichtung und Betreibung der Erstaufnahmeunterkunft mit Verteilfunktion in Prenzlau ist ein Zeichen der Solidarität und des Willkommens gegenüber den Menschen, die vor Krieg, Verfolgung und Not geflohen sind.

Der Beschluss des Sonderkreistags ist ein wichtiger Schritt, um die Herausforderungen der Flüchtlingskrise zu bewältigen und den Menschen in Not eine sichere Unterkunft und Unterstützung zu bieten. Die Uckermark setzt damit ein Zeichen der Solidarität und des Engagements für eine gerechte und menschenwürdige Flüchtlingspolitik.



Heike Heise-Heiland

## Weiter aus dem Kreistag Uckermark

Der Kreistag Uckermark hat in seiner letzten Sitzung wichtige Beschlüsse gefasst, die für die Bürgerinnen und Bürger der Region von großer Bedeutung sind. Einer dieser Beschlüsse – eingebracht durch die Fraktion DIE LINKE – betrifft den Erhalt der Filialen der Sparkasse Uckermark in den Ortschaften Gerswalde, Brüssow, Fürstenwerder, Greiffenberg und Boitzenburg. Die Landrätin ist nunmehr aufgefordert, sich im Verwaltungsrat der Sparkasse Uckermark für den Erhalt der SB-Technik (Bankautomaten) und für regelmäßig stattfindende Sprechstunden der Sparkasse in den genannten Ortschaften einzusetzen.

Die Sparkasse ist eine wichtige Institution für die Menschen in der Uckermark, da sie nicht nur als Bank fungiert, sondern auch als Anlaufstelle für finanzielle Beratung und Unterstützung dient. Der Erhalt der Filialen in den genannten Ortschaften ist daher von großer Bedeutung, um den Bürgerinnen und Bürgern weiterhin einen einfachen Zugang zu den Dienstleistungen der Sparkasse zu ermöglichen. Dieser Beschluss zeigt das Engagement des Kreistags für die Stärkung der regionalen Infrastruktur und die Sicherstellung einer flächendeckenden Versorgung mit Finanzdienstleistungen.

Ein weiterer wichtiger Beschluss betrifft die Einführung eines kostenfreien Schülertickets für den gesamten Landkreis Uckermark unabhängig von der Entfernung zwischen Wohnung und Schule. Dieses Ticket ermöglicht es ab 28. August 2023 weiteren ca. 8000 der insgesamt 12000 Schülerinnen und Schülern im Landkreis Uckermark, jederzeit – 365 Tage im Jahr – den öffentlichen Nahverkehr kostenfrei zu nutzen und somit unabhängig von finanziellen Möglichkeiten zur Schule und zu Freizeitaktivitäten zu gelangen. Dazu müssen die Eltern einmalig eine Schüler-Jahres-Karte



beantragen. Das erfolgt in vereinfachter Weise über die besuchte Schule. Dieser Beschluss ist ein wichtiger Schritt zur Förderung der Chancengleichheit im Bildungssystem und zur Entlastung der Familien von finanziellen Belastungen im Zusammenhang mit dem Schulweg.

Leider wurde der Antrag der Fraktion DIE LINKE zur Bildung einer kreiseigenen Wohnungsgesellschaft abgelehnt. Diese Gesellschaft sollte sich um die Instandhaltung und Modernisierung sowie die Vermietung von bezahlbarem Wohnraum in der Uckermark kümmern. Angesichts der steigenden Mieten und der angespannten Wohnungssituation in vielen Regionen Deutschlands wäre dies ein wichtiger Schritt, um den Bedarf an finanziell tragbarem Wohnraum in der Uckermark zu decken. Die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum ist ein zentrales Anliegen der LINKEN, um den Menschen in der Uckermark eine lebenswerte und finanzierbare Wohnsituation zu ermöglichen. Die mehrheitliche Ablehnung des Antrages der Fraktion DIE LINKEN durch den Kreistag Uckermark zeigt, dass vielen Abgeordneten die Verantwortung des Gremiums für die Belange der Bürgerinnen und Bürger nicht bewusst ist. Durch diese Entscheidung tragen sie nicht dazu bei, die Lebensqualität in der Uckermark zu verbessern und die Region zukunftsfähig zu gestalten. Aufgabe des Kreistages ist es, sich für bezahlbaren und lebenswerten Wohnraum auch auf dem Lande einzusetzen.

Die Fraktion DIE LINKE setzt sich aktiv für die Stärkung der regionalen Infrastruktur, die Förderung der Chancengleichheit im Bildungssystem und die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum ein.

## Aus der Stadtverordnetenversammlung Schwedt am 28.06.2023

Zu Beginn jeder Stadtverordnetenversammlung stellen die Bürger der Stadt Schwedt/Oder und ihrer Ortsteile Fragen zu Themen, die sie bewegen. Das ist eine schöne Art, Impulse für die Entwicklung der Gemeinde zu geben. Berechtigte Fragen und Kritikpunkte werden der SVV vorgestellt, wie z. B. die Klärung von Parkplatzfragen, der Entwicklung der Kästner-Grundschule. Antworten gibt es entweder direkt durch die Mitarbeiter der Stadtverwaltung oder sie werden schriftlich nachgereicht.

In letzter Zeit häufen sich aber auch Redebeiträge, die deutlich versuchen, an den Grundfesten der Demokratie zu nagen. Dem müssen wir uns immer wieder mit deutlichen Antworten entgegen stellen.

Vor der Sommerpause lagen wieder wichtige Entscheidungen an, die als Grundlage der städtischen Entwicklung dienen.

So haben die Stadtverordneten Cassandra Lemke als neue hauptamtliche Kinder- und Jugendbeauftragte einstimmig bestätigt.

Es wurden Baubeschlüsse und diesbezügliche Änderungen für die Stadt und ihre Ortsteile gefasst: So bekommt Passow ein neues Feuerwehrhaus und die Sanitärräume der dortigen Grundschule werden saniert. Blumenhagen erhält ein neues Gemeindehaus, und der desaströse Zustand der Grünower Dorfstraße wird baulich verbessert. Die Kita Kinderwelt in Schwedt erhält eine neue Dachterrasse, die Fröbel-Kita wird unter anderem einen neu gestalteten Eingangsbereich erhalten. Neben einigen vorbereitenden Gebietsbeschlüssen gab es auch ablehnende Bescheide. Die Beschlussvorlagen über die Bebauungspläne „Sondergebiet Biogasanlage Berkholz-Meyenburg“ wurden im Interesse der Einwohner des Ortsteiles mehrheitlich abgelehnt.

Strittig waren der Antrag der AfD zur Einrichtung eines dauerhaften Tempolimits 50 km/h in der Ortsdurchfahrt Felchow. Er wurde mehrheitlich abgelehnt, weil die Thematik bereits seit Wochen bei der Unteren Verkehrsbehörde des Landkreises (dem zuständigen Amt) zur Prüfung und Entscheidungsfindung vorliegt, und es deshalb keiner Abstimmung durch die SVV bedarf.

Dem Antrag der BVB zur Unterstützung der Arbeit des Schwedter Tierheims durch die Stadtverwaltung wurde knapp mehrheitlich zugestimmt, obwohl wir unsere Bedenken, dass ein eingetragener Verein selbst aktiv werden muss und Anträge zur finanziellen Förderung an die Verwaltung stellen kann und soll, dargelegt haben. Die meisten Schwedter Vereine haben damit gute Erfahrungen gemacht.

Die Stadtverordnetenversammlung plant auch weiter in die Zukunft. Die Fraktionen der SPD, Allianz für Schwedt (Zusammenschluss aus Kommunalvertretern der neuen Gemeinden), CDU/FDP und DIE LINKE haben die Gründung eines Ausschusses für Strukturwandel und Transformation angeregt, in dem die Stadtverordneten über die Durchführung von im Maßnahmen im Rahmen des Strukturwandels informiert werden, Vorberatungen von Angelegenheiten und Entwicklung neuer Maßnahmen des Strukturwandels stattfinden und auch Vorabstimmung zur strategischen Ausrichtung des Standortes im Rahmen des Transformationsprozesses geplant werden. Der Ausschuss nahm am 18.07.2023 seine Arbeit auf. Mitglied unserer Fraktion ist Heike Heise-Heiland.

# Aus dem Landesverband der LINKEN

## Weltflüchtlingstag: Hilfe statt Hass

Europäische Verschärfungen des Asylrechts, eine zunehmende Zahl von Übergriffen gegen Geflüchtete – der diesjährige Weltflüchtlingstag steht unter schwierigen Vorzeichen. Menschen in Not zu helfen, wäre aber die eigentliche Aufgabe, meint die Co-Landesvorsitzende der Brandenburger LINKEN, Katharina Slanina:

"Kurz vor dem Weltflüchtlingstag stellen die Regierungen der EU einen 'Asylkompromiss' vor. Das ist kein Kompromiss, das ist die faktische Abschaffung des Rechts auf Asyl und auf ein rechtsstaatliches Verfahren im Handstreich. Mit der Einführung von verpflichtenden Grenzverfahren wird Moria vom Symbol einer Katastrophe zum Regelfall an den EU-Außengrenzen. Für ein solches Europa kann man sich nur schämen! Und Grüne und SPD – egal, ob in Land oder Bund – schweigen zu diesem menschenverachtenden Plan, tragen ihn sogar mit! Statt sichere Fluchtwege zu schaffen, menschenwürdige Asylverfahren und Rechtsschutz zu gewährleisten, wird auf Abschottung gesetzt.

Der Brandenburger Innenminister schwadroniert über Zuzugsbegrenzung – statt seinen Job zu machen und die Kommunen endlich wirksam bei der Aufnahme und Integration Geflüchteter zu unterstützen und ihnen die notwendigen Mittel zur Verfügung zu stellen! Geht es dann allerdings um die Errichtung eines Abschiebezentrums in Schönefeld, dann sprudeln die Millionen nur so. Auch Brandenburger Kommunen haben sich zu 'Sicheren Häfen' erklärt, sind bereit mehr zu tun, mehr Menschen aufzunehmen. Statt ihnen Steine in den Weg zu legen und sie allein zu lassen, sollten diese Initiativen unterstützt und gefördert werden. Das wäre das richtige Zeichen für Brandenburg!"

20. Juni 2023  
Pressemitteilung

## Keine Industrie fürs Töten – Rheinmetall-Ansiedlung wäre Verfassungsbruch

Mit einem einstimmigen Beschluss hat sich der Landesvorstand der Brandenburger LINKEN am Wochenende gegen die von der Landesregierung angestrebte Ansiedlung einer Teileproduktion für den F-35-Kampfflugzeug gewandt. Dazu erklärt die Co-Landesvorsitzende Katharina Slanina:

"Brandenburg kann und darf nicht zum Standort von Waffen- und Rüstungsproduktion werden! Die Landesverfassung verpflichtet das Land zum Schutz des friedlichen Zusammenlebens aller Menschen und dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen. Die Ansiedlung einer Rheinmetall-Fabrik wäre ein eklatanter Verstoß dagegen. Insbesondere wendet sich die Landesverfassung gegen die Produktion atomarer, biologischer und chemischer Waffen, für die der F-35-Kampfflugzeug Trägersystem ist.

Wir fordern die Landesregierung daher auf, dieses Vorhaben umgehend zu beedigen und dem Konzern eine Absage zu erteilen! Brandenburg braucht Industrie und Arbeitsplätze, allerdings mit guten Löhnen und nachhaltiger Produktion. Daher setzen wir uns für eine Industriepolitik ein, die sich in Fragen ihrer Ausrichtung und technologischen Entwicklung auf eine nachhaltige und friedliche Zukunft vorbereitet."

3. Juli 2023  
Pressemitteilung

## Stolpersteinverlegung in Schwedt

**"Ein Mensch ist erst vergessen, wenn sein Name vergessen ist."**

Talmud

Am 26. Juni 2023 fand wieder eine Verlegung von Stolpersteinen an 3 Standorten in Schwedt statt. Und es war ein besonderes Jubiläum, denn der 50. Stolperstein wurde durch den 75-jährigen Gunter Demnig verlegt. Die Worte des Gedenkens wurden von Schülern des Gymnasiums, Christiane Köhler, Grit Escher, Thomas Büsching und Silvio Moritz gesprochen.

In den Worten zum Gedenken wurde nicht nur auf die Vergangenheit bzw. auf das ungeheuerliche Geschehen während der faschistischen Diktatur eingegangen. In allen Darstellungen war auch die Verbindung zum heutigen Verhalten in unserer Gesellschaft zu erkennen. Dabei kam zum Ausdruck, dass die demokratischen Kräfte wachsam sein müssen, damit es nicht zu einem weiteren Rechtsruck kommt.

Momentan muss man feststellen, dass der Hass gegen Flüchtlinge und alle demokratischen Kräfte zunimmt. Beispielhaft dafür waren die Ereignisse an der Oberschule in Burg im Spreewald und damit verbunden der Angriff auf die beiden Lehrkräfte, die auf die rechten Umtriebe von Schülerinnen und Schülern öffentlich aufmerksam gemacht haben.

In unserer heutigen Zeit ist es notwendig, dass Zivilcourage sich nicht ins Gegenteil verwandelt, weil Menschen in unserer Gesellschaft lieber wegschauen oder rechtes Gedankengut tolerieren bzw. akzeptieren.

**Manfred Giel**



*Gunter Demnig  
beim Verlegen der Steine vor dem Museum*



*Kraniche, von den Schülern gefaltet, schmückten die  
neu verlegten Stolpersteine*

## «Meine jüdischen Eltern – meine polnischen Eltern»

### Wanderausstellung zum 80. Jahrestag des Aufstandes im Warschauer Ghetto



Die Ausstellung „Meine jüdischen Eltern, meine polnischen Eltern“ porträtiert beispielhaft 15 Personen, geboren zwischen 1939 und 1942, die die erschütternde Geschichte ihres Lebens erzählen und von der Suche nach Spuren ihrer jüdischen Verwandten, Namen und Geburtsdaten berichten.

In Vorbereitung wurde mit jedem einzelnen Betroffenen gesprochen und abgestimmt. Ihre leiblichen Eltern sind meist komplett unbekannt, denn sie haben ihre Kleinkinder in die Obhut von polnischen Eltern übergeben, damit sie eine Chance zum Überleben des Holocaust bekommen. Selbst kamen sie in die Vernichtungslager. Ihre wahre Herkunft haben die 15 meist erst zur Volljährigkeit erfahren, aber nichts war zu ihren leiblichen Eltern bekannt. Die polnischen Eltern haben diese Kinder als ihre eigenen ausgegeben und damit auch das Risiko der Entdeckung auf sich genommen, denn in Polen galt zu dieser Zeit dafür die Todesstrafe. Viele polnische Mitbürger haben dies mit gedeckt.

Die Ausstellung wurde von der Assoziation „Kinder des Holocaust“, Polen, gemeinsam mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung erarbeitet und im Frühjahr 2015 erstmalig im Museum zur Geschichte der polnischen Juden in Warschau präsentiert. Von Januar bis April 2018 war sie im Landtag Brandenburg zu sehen, nach Stationen im Schloss Bad Freienwalde und im Rathaus Senftenberg ist diese Ausstellung nun in Brandenburg gleich mehrfach in diesem Jahr zu sehen.

Am 12.07.2023 wurde diese Ausstellung im jüdischen Museum in Schwedt eröffnet.

Dauer der Ausstellung: 14. Juli bis 1. Oktober 2023

Rosa-Luxemburg-Stiftung  
Frank Nitzschke als Besucher

## Sound City – Was für ein großartiges Festival in Schwedt

Unsere Stadt wurde vom 14. – 16. Juli 2023 nicht nur Gastgeber für die Musik- und Kunstschulen des Landes Brandenburg mit Gästen aus Polen, sondern vor allem zu einer riesigen Open-Air-Bühne vom Wassersportzentrum bis zur Flussbadestelle mit 7 Bühnen und weiteren Auftrittsorten. Der musikalisch-künstlerische Nachwuchs fand beste Voraussetzungen, um zu zeigen was er kann. Und das geschah mit ganz großer Leidenschaft trotz hoher Temperaturen.



*Landesjugendjazzorchester Junior Brandenburg LaJJazzO spielte Klassiker des Bigband-Jazz  
Leitung: Jörg Vollerthun mit Moderation Marie Günther vom rbb*

Selbst wenn man alle 30 Stunden des Programms absolvieren wollte, war man dazu nicht in der Lage, Alles zu hören und zu sehen. Programmstudium und Auswahl zu Rock, Pop, Klassik, Jazz, Tanz und Kunst waren angesagt. Und das alles auch bei freiem Eintritt. Beeindruckend war immer wieder, wie Schüler verschiedener Musik- und Kunstschulen des Landes gemeinsam musizierten oder tanzten, obwohl sie doch nur wenig gemeinsame Probemöglichkeiten haben.

Deshalb war ich besonders gespannt, wie es über 80 Tänzer und Tänzerinnen aus 8 verschiedenen Musik- und Kunstschulen des Landes geschafft haben, ihre unterschiedlichen Choreografien zur Thematik „Verbindung zur Natur“, die sie nach den Vorstellungen der Choreografin Irina Pauls alle selbst über ein Jahr entwickelt haben, zu einem Gesamtbild zu bringen. Mir schien es unvorstellbar. Den 5- bis 18jährigen Tänzern ist es für mich meisterhaft gelungen, Bewegungsmuster und Strukturen der Natur oft sehr feinfühlig zu imitieren. Ob Kraniche, Fische, Gräser oder selbst Steine erweckten sie zum Leben. Unterstützt wurden sie musikalisch vom Percussions Ensemble „Drum People“, interessanten kreierte Klängen und sich ständig entwickelnden Bildern über einen Monitor. Es war für mich ein außergewöhnlicher Tanzabend mit außergewöhnlichen Naturklängen und Tänzen.

Konzerte der Extraklasse waren die gemeinsamen Auftritte der Jungen Philharmonie und Bläserphilharmonie Brandenburg und des Deutsch-Polnischen-Jugendorchesters aus Frankfurt (Oder) und Zielona Gora. Beim Mambo der Orchester auf der Odertalbühne hatte auch das Publikum seinen Auftritt beim Mittanzen.

Während des gemeinsamen Konzerts aller lokalen Chöre und Gesangsensemble in der evangelischen Kirche hat auch unsere Bürgermeisterin, Frau Hoppe, ihre verlorene Wette (Anzahl gefalteter Kraniche während des Neujahrsempfangs) eingelöst, in dem sie mit den gemeinsamen Chören aufgetreten ist und mitgesungen hat.

Mehr als 21.000 Kraniche waren vor dem Festival in Schwedt und ganz Brandenburg gefaltet worden und verbanden die einzelnen Spielstätten miteinander oder zierten das gesamte Festivalgelände. Sie konnten am Ende dieser drei Tage von den Besuchern mitgenommen werden.

Schulen, Kindergärten und Vereine beteiligten sich an dem Programm. Im Hugenottenpark konnten vor allem Kinder Kunst selbst machen, zum Beispiel ganz aus Pappe „Bauen wir eine Stadt der Zukunft“. Es gab tolle Bauten zu sehen. Mir gefiel der Kindergarten-Konsum besonders gut. Leider fiel so manches Kunstwerk dem aber so nötigen Nachregen zum Opfer.

Zur Abschlussveranstaltung auf der Odertalbühne wurde der Staffelstab von Schwedt an den Bürgermeister der Stadt Ludwigsfelde, der sich drei Tage bei uns aufhielt, für das nächste Festival in 2 Jahren in Form eines Kranichs aus Keramik übergeben.

Die Vorsitzende des Verbandes der Musik- und Kunstschulen e. V. Gerrit Große (DIE LINKE) bedankte sich am Ende mit überaus herzlichen Worten bei allen Teilnehmern, Besuchern, Technikern, Moderatoren des RBB und den unzähligen Helfern ,die dieses unglaublich vielfältige „Megafest“ mit einer beeindruckenden Naturkulisse zu einem riesigen Erfolg gemacht hatten. „Jedes Fest ist immer einzigartig,“ so Gerrit Große. Sie hofft, dass unsere gebeutelte Stadt, die das Fest mit großem Engagement und viel Energie vorbereitet hat, diese Energie in vielfältigster Art und Weise von den jungen Künstlern zurückbekommen hat.

Ich konnte nur einige wenige Eindrücke vom Fest wiedergeben. Aber vielleicht waren sie/wart ihr auch dort und haben ganz andere schöne Erlebnisse.

**Christa Dannehl**



*Programm im Jüdischen Museum: "Musical-Road" - musikalische Reise von NewYork über Hamburg nach Berlin mit dem "Projekt 22" von der Kreismusikschule Dahme-Spreewald*

## Vorschau Europawahlen 2024



### Gemeinsam neu - Linke will Europa gerecht machen

Die LINKE ist die Adresse für alle, die eine gerechtere EU wollen, die sich wünschen, dass soziale Gerechtigkeit, Demokratie, Menschenrechte und Klima im Vorwärtsgang verteidigt werden.

Mit den Spitzenkandidat\*innen MARTIN SCHIRDEWAN und CAROLA RACKETE sowie ÖZLEM DEMIREL und GERHARD TRABERT auf den Plätzen drei und vier zeigen wir:

Die LINKE ist die Adresse für alle, die eine gerechtere EU wollen, die sich wünschen, dass soziale Gerechtigkeit, Demokratie, Menschenrechte und Klima im Vorwärtsgang verteidigt werden.

Die möchten, dass jemand Superreichen und Konzernen endlich Grenzen setzt. Für alle, die wollen, dass massiv in Frieden investiert wird statt immer mehr Geld für Aufrüstung und Rüstungsexporte zu verpulvern, für eine EU, die sich unabhängig von Rüstungswettlauf und Blockkonfrontation macht.

Unser Spitzenteam für Europa will einen radikalen Politikwechsel, der eine Alternative ist zum Zynismus der Ampel-Parteien, zu ihrem fortgesetzten Einknicken vor den Rechten, zu ihrem Unwillen, die massiven Gewinne endlich umzuverteilen. Die LINKE hat den Mut, sich mit Reichen und Konzernen anzulegen.

Und: Die LINKE öffnet sich für Engagierte und Aktive aus sozialen Bewegungen und Zivilgesellschaft. DIE LINKE ist Teil eines linken Pols der Hoffnung, der größer ist als die Partei selbst. Wenn die Zeiten rauer werden, rücken die fortschrittlichen Kräfte zusammen.

**DIE LINKE**  
**Bundesverband**

Das Thema Wahlen 2024 (Kommunal-, Europa- und Landtagswahlen) wird in den nächsten Ausgaben des KoppHoch eine wichtige Rolle spielen. Auch wir sind bereits in den ersten Gesprächen mit geeigneten Kandidatinnen und Kandidaten. Wer uns dabei unterstützen möchte, bitte unter Telefon Schwedt 415810 melden.

**Irmtraut Giel**  
**Vorsitzende**

## Termine/Arbeitsplan Basisorganisation/Fraktion Schwedt, Stand: 27. Juli 2023

07.08.2023	Fraktionssitzung	17:00 Uhr Fraktionsraum 1. OG Raum 207
01.09.2023	Kranzniederlegung zum Weltfriedenstag	Zeit wird noch bekannt gegeben
04.09.2023	Fraktionssitzung	17:00 Uhr Fraktionsraum 1. OG Raum 207
06.09.2023	SVV Schwedt	16:00 Uhr ubs
11.09..2023	Vorstandssitzung KV Uckermark	18:30 Uhr Geschäftsstelle Prenzlau
14.09.2023	Vorstandssitzung BO Schwedt	16:00 Uhr Geschäftsstelle Schwedt
12.10.2023	Vorstandssitzung BO Schwedt	16:00 Uhr Geschäftsstelle Schwedt
16.10.2023	Vorstandssitzung KV Uckermark	18:30 Uhr Geschäftsstelle Prenzlau



### Vorankündigung

Mitgliederversammlung der BO Schwedt im September mit dem Mobilien Beratungsteam demos" Angermünde zu Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewaltprävention. Zum genauen Termin und Ort wird rechtzeitig informiert.

BO-Vorstand

### Herzlichen Glückwunsch zum Geburtstag!

### Herzlichen Glückwunsch zum Jubiläum!

19.08.2023	Ilse Nickel	zum 80. Geburtstag
25.08.2023	Bernd Meyner	zum 75. Geburtstag
26.08.2023	Monika Gohl	zum 75. Geburtstag
18.09.2023	Marvin Schulz	zum 30. Geburtstag
21.09.2023	Frank Bismar	zum 60. Geburtstag
06.10.2023	Rosemarie Klaschka	zum 80. Geburtstag

25.08.2023	Renate Meile	zum 71. Geburtstag
28.08.2023	Sebastian Woitschach	zum 33. Geburtstag
05.09.2023	Christa Dannehl	zum 83. Geburtstag
05.09.2023	Jürgen Franz	zum 88. Geburtstag
17.09.2023	Astrid Schönherr	zum 69. Geburtstag
24.09.2023	Simone Kambs	zum 52. Geburtstag
26.09.2023	Manfred Giel	zum 79. Geburtstag
04.10.2023	Tobias Andres	zum 27. Geburtstag
09.10.2023	Reiner Prodöhl	zum 71. Geburtstag
10.10.2023	Irmgard Rothnick	zum 89. Geburtstag
11.10.2023	Heike Heise-Heiland	zum 59. Geburtstag

KoppHoch erscheint aller zwei Monate. Wir freuen uns über jeden neuen Abonnenten, der die Herausgabe mit einer Jahresspende von mindestens 3,00 € unterstützt. Redaktionsschluss der Ausgabe 03-2022: 02.10.2023

### Impressum

#### Herausgeber:

DIE LINKE  
Basisorganisation Schwedt

#### V.i.S.d.P.:

I. Giel

#### Redaktion:

M. Gohl, I. Giel, T. Andres

#### Gestaltung:

M.+I. Giel

#### Vertrieb:

Geschäftstelle der Partei  
DIE LINKE Schwedt

### Sprechzeiten

#### Geschäftsstelle

Auguststraße 2, Zi. 208  
mind. 1 x wöchentlich oder nach  
Bedarf bzw. Tel. 415810

#### Finanzen

Mo, 28.08.2023, 10 bis 12 Uhr  
Mo, 25.09.2023, 10 bis 12 Uhr  
Mo, 30.10.2023, 10 bis 12 Uhr

### Kontakt und Adressen

DIE LINKE

Basisorganisation Schwedt/Oder  
Auguststraße 2, 16303 Schwedt  
e-mail:

schwedt@dielinke-uckermark.de

Tel.: (03332) 31928

Webseite:

www.dielinke-uckermark.de